

Neue Studie: Pläne der Bundesregierung zur Förderung von Gaskraftwerken widersprechen marktwirtschaftlichen Prinzipien und zentralen EU-Vorgaben

Absicherungspflicht besser geeignete Alternative

Berlin / Leipzig, 20. April 2026 – Versorgungssicherheit ist zentrale Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft und Gesellschaft. Um sie in Zukunft sicherzustellen, plant die Bundesregierung, den Bau von Gaskraftwerken mit Finanzhilfen in Milliardenhöhe zu fördern. Voraussetzung für staatlich veranlasste Kapazitätsfördermechanismen ist laut europäischen Vorgaben jedoch der Nachweis, dass diese erforderlich und geeignet sein müssen, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Eine neue Studie von Connect Energy Economics im Auftrag von bne, DIHK, EEX und VEA zeigt jedoch: Diese Finanzspritzen genügen den europäischen Vorgaben nicht. Effektiver und effizienter lässt sich Versorgungssicherheit durch eine Stärkung des Marktes mittels einer Absicherungspflicht anstelle staatlicher Planung erreichen.

Die Studie analysiert die von der Bundesregierung geplanten Kapazitätsfördermechanismen und deren Vereinbarkeit mit europäischen Vorgaben aus ordnungspolitischer und ökonomischer Perspektive. Das Ergebnis: Zentral geplante Kapazitätsfördermechanismen greifen tief in den Markt ein, bergen erhebliche ökonomische, regulatorische und umweltpolitische Risiken und widersprechen ordnungspolitischen Prinzipien. Aufgrund von Informationsasymmetrien zwischen Staat und Investoren besteht ein hohes Risiko für Fehlanreize. Dies führt zu steigenden Kosten, schwächt Innovationsanreize, verstärkt langfristige Pfadabhängigkeiten und belastet Unternehmen und private Haushalte. Zudem bremst eine Kapazitätsumlage die Elektrifizierung und wirkt damit klima- und energiepolitischen Zielen entgegen.

Auch bei den europäischen Vorgaben für Kapazitätsfördermechanismen zeigt die Studie Mängel auf. So weisen zentrale Kennzahlen extreme Abweichungen zwischen Ländern und Technologien auf. Beispielsweise werden die Kosten für neue Gasturbinen in Deutschland teils nur halb so hoch angesetzt wie in realen Auktionen in anderen europäischen Ländern beobachtet. Gleichzeitig werden innovative und potenziell günstigere technologische Alternativen, wie beispielsweise im Bereich Flexibilität, ausgeschlossen oder diskriminiert. Damit sind Kostensteigerungen zu erwarten, die vermeidbar wären.

„Die Studie macht deutlich: Die Annahmen, mit denen Kapazitätssubventionen begründet werden, stehen auf tönernen Füßen. Der Nachweis von Technologieoffenheit und Wettbewerbsneutralität kann auf Basis derartiger Fehlannahmen, die eher an das Prinzip Hoffnung erinnern, nicht erbracht werden. Es ist demnach auch höchst fraglich, ob die Kraftwerkssubventionen überhaupt rechtssicher eingeführt werden können. Eins ist schon jetzt klar: Mit Marktwirtschaft hat das jedenfalls nichts zu tun“, sagt Robert Busch, Geschäftsführer des bne.

Eine wirksame Alternative zu einer staatlichen Förderung ist laut der Studie eine Absicherungspflicht. Sie kann Versorgungssicherheit marktwirtschaftlich, kosteneffizient und technologieoffen gewährleisten, indem sie das Marktdesign gezielt weiterentwickelt und eine rechtlich bisher fehlende Notwendigkeit der Absicherung von Lieferverpflichtungen einführt. Das wäre vergleichbar mit einer Kfz-Haftpflichtversicherung. Dann würden Stromlieferanten verpflichtet, ihre Absatzmengen etwa über Terminmärkte oder eigene Erzeugung langfristig abzusichern und mit den damit verbundenen Risiken eigenverantwortlich umzugehen.

„Bis heute sind im Strommarkt noch immer Angebot und Nachfrage zusammengekommen und wir sehen keine Gefahr einer Stromknappheit. Eine Absicherungspflicht setzt eine positive Kettenreaktion in Gang: Sie stärkt den Strommarkt, dämpft Preisspitzen und führt zu niedrigeren Strompreisen“, kommentiert Peter Reitz, CEO der European Energy Exchange (EEX).

„Staatliche Technologielenkung vergrößert Preisrisiken durch geopolitische Ereignisse, bremst Innovationen im Strommarkt und erschwert betriebliche Klimaneutralität. Dies führt am Ende zu weiteren Kostensteigerungen für die Unternehmen und vergrößert die Wettbewerbsnachteile des Standorts Deutschland“, sagt der Bereichsleiter Energie, Umwelt, Industrie der Deutschen Industrie- und Handelskammer Dr. Sebastian Bolay.

„Für die Elektrifizierung und für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sind niedrige Strompreise essenziell. Ein staatlich organisierter Kapazitätsmarkt führt aufgrund der Kapazitätsumlage aber unweigerlich zu höheren Strompreisen. Die aktuelle Krise zeigt zudem, dass ein Fokus auf Gas in der Stromproduktion – wie ihn die Kraftwerksstrategie setzt – geeignet ist, Strom- und Gaspreise für die gesamte Industrie unnötig zu erhöhen. Technologische Vielfalt hingegen stärkt Versorgungs- und Preissicherheit“, sagt die Leiterin des Hauptstadtbüros Eva Schreiner vom VEA Bundesverband der Energie-Abnehmer.

Auch private Haushalte werden durch Kapazitätsumlagen massiv belastet. Daher unterstützt auch der Verbraucherzentrale Bundesverband die Ergebnisse der Studie und erklärt dazu: *“Verbraucherinnen und Verbraucher zahlen bereits heute europaweit mit die höchsten Strompreise. Eine zusätzliche Strompreisumlage würde sie weiter belasten und zugleich den Umstieg auf strombasierte Technologien unattraktiver machen. Statt zentraler Kapazitätsvorgaben braucht es Anreize, Elektromobilität, Wärmepumpen und Speicher flexibel zu nutzen. So können auch private Haushalte einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten”,* sagt Ramona Pop Vorständin des Verbraucherzentrale Bundesverbands.

Abschließend fasst Studienautor Dr. Marco Nicolosi von Connect Energy Economics zusammen: *„Anstatt Kapazitäten herbeizufördern, ließe sich Versorgungssicherheit durch eine effektive Absicherungspflicht effizient gewährleisten: Stromlieferanten sichern die vertraglich eingegangenen Stromlieferungen gegenüber ihren Kunden ab. Dadurch entstehen verursachergerechte Anreize, die Versorgungssicherheit technologie- und innovationsoffen und damit effizient zu organisieren.“*

Die Studie von Connect Energy Economics baut auf Vorgängerstudien der beteiligten Organisationen zum Thema Versorgungssicherheit auf und wurde von bne, DIHK, EEX und VEA in Auftrag gegeben. Die Studie **„Erforderlichkeit und Geeignetheit von Kapazitätsmechanismen“** ist unter [diesem Link](#) zum Download verfügbar.

Auftraggeber und Unterstützer der Studie

Über BNE

Der Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE) steht seit 2002 für Markt, Wettbewerb und Innovation in der Energiewirtschaft. Im Verband sind Unternehmen vertreten, die auf allen wettbewerblichen Stufen der energiewirtschaftlichen Wertschöpfung stehen und wegweisende Geschäftsmodelle für Strom, Wärme und Mobilität entwickeln. www.bne-online.de

Über DIHK

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Das gemeinsame Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften. Auf Bundes- und Europaebene, aber auch international, setzt sich die DIHK für die Interessen der Wirtschaft ein. So bündeln DIHK und IHKs die vielfältigen Belange der Unternehmen zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und wirken an der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung mit. Darüber hinaus koordiniert die DIHK das Netzwerk der rund 150 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft mehr als 90 Ländern. <https://www.dihk.de/de>

Über EEX

Die European Energy Exchange (EEX) ist eine führende Energiebörse, die gemeinsam mit ihren Kunden und Partnern weltweit sichere, erfolgreiche und nachhaltige Rohstoffmärkte aufbaut. Als Teil der EEX Group bedient sie internationale Strom-, Erdgas-, Umwelt-, Fracht- und Agrarmärkte und bietet Daten-, Reporting- und Registerdienstleistungen an. Die EEX ist ein Wegbereiter der Energiewende und Dekarbonisierung und treibt die Integration erneuerbarer Energien durch spezielle Produkte und Dienstleistungen voran, beispielsweise im Zusammenhang mit Herkunftsnachweisen. <https://www.eex.com/de/>

Über VEA

Der Bundesverband der Energie-Abnehmer e. V. (VEA) vertritt die energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Interessen seiner mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen aus dem energieintensiven Mittelstand. Als Energieexperte kümmert sich der VEA mit über 150 engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um alle Aspekte der Energieberatung und setzt sich für die energiepolitischen Interessen des energieintensiven Mittelstands ein. Der VEA ist davon überzeugt, dass seine Expertise vielen weiteren Unternehmen am Produktionsstandort Deutschland auf ihrem Weg zur Klimaneutralität helfen wird.

Über vzbv

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) bündelt als Dachverband die Expertise von 16 Verbraucherzentralen und mehr als 30 verbraucherpolitischen Verbänden – darunter über 2.000 Organisationen und sieben Millionen Einzelmitglieder – für einen starken Schutz der Verbraucher:innen in Deutschland. Wir streiten für umfassende Verbraucherrechte, faire Märkte sowie unbedenkliche Produkte und Dienstleistungen.

Kontakte:

BNE Pressekontakt

Markus Schleuning
T +49 30 400 548-18
presse@bne-online.de

DIHK Pressekontakt

Julia Löffelholz | Pressesprecherin
T +49 30 20308 1630
loeffelholz.julia@dihk.de

EEX Public Relations

T +49 341 2156-300
presse@eex.com
www.eex.com

VEA Unternehmenskommunikation

T +49 511 9848-267
fgraeflich@vea.de
www.vea.de

vzbv Pressestelle

T +49 30 25 800-525
presse@vzbv.de
www.vzbv.de

New study: German government plans to endorse gas-fired power plants contradict free-market principles and key EU regulations

Hedging obligation is the better alternative

Berlin/Leipzig, 20 April 2026 – Security of supply is a key prerequisite for a functioning economy and society, and to ensure this, the German government plans to support the construction of gas-fired power plants with billions of euros as financial aid. However, European regulations currently require that state-initiated capacity support mechanisms are deemed necessary and suitable to ensure guaranteed security of supply.

A new study by Connect Energy Economics, commissioned by bne, DIHK, EEX, and VEA, shows that such financial support does not meet European requirements. Security of supply can be achieved more effectively and efficiently by strengthening the market through a hedging obligation instead of state planning.

The newly published study analysed the capacity support mechanisms planned by the German government and their compatibility with European regulations from a regulatory and economic perspective. The result: Centrally planned capacity support mechanisms intervene deeply in the market, entail significant economic, regulatory, and environmental risks, and contradict principles of sound economic policy. Information asymmetries between the state and investors create a high risk of false incentives. This leads to rising costs, weakens incentives for innovation, reinforces long-term path dependencies, and burdens businesses and private households. Furthermore, a capacity levy slows electrification and thus counteracts climate and energy policy goals.

The study also identifies shortcomings in European regulations for capacity support mechanisms. Key indicators show extreme discrepancies between countries and technologies. For example, the cost for new gas turbines in Germany is on occasion set at only half the level observed in actual auctions in other European countries. At the same time, innovative and potentially cheaper technological alternatives, such as flexibility, are excluded or discriminated against. This is likely to result in avoidable cost increases.

“The study makes it clear: The assumptions used to justify capacity subsidies are built on shaky ground. Demonstrating technological and competition neutrality cannot be achieved based on such flawed assumptions, which are more akin to wishful thinking. It is therefore highly questionable whether power plant subsidies can even be introduced in a legally sound manner. One thing is already clear: This has absolutely nothing to do with market economics,” says Robert Busch, Managing Director of the bne (German Association of Energy and Water Industries).

According to the study, an effective alternative to government subsidies is a hedging obligation. This can guarantee security of supply in a market-based, cost-efficient, and technology-agnostic manner by specifically developing the market design and introducing a legal requirement for hedging supply obligations, which is currently lacking. This would be comparable to mandatory car insurance. Electricity suppliers would then be obliged to hedge their sales volumes long-term, for example, via futures markets or their own generation, and to manage the associated risks responsibly.

“To date, supply and demand in the electricity market have always matched, and we see no risk of a power shortage. A hedging obligation can set off a positive chain reaction: it strengthens the electricity market,

dampens price spikes, and leads to lower electricity prices,” comments Peter Reitz, CEO of the European Energy Exchange (EEX).

“Government technology control increases price risks due to geopolitical events, stifles innovation in the electricity market, and makes it more difficult for companies to achieve climate neutrality. Ultimately, this leads to further cost increases for companies and exacerbates the competitive disadvantages for Germany as a business location,” says Dr. Sebastian Bolay, Head of Energy, Environment, and Industry at the German Chamber of Industry and Commerce (DIHK).

“Low electricity prices are essential for electrification and the competitiveness of businesses. However, a state-organised capacity market inevitably leads to higher electricity prices due to the capacity levy. The current crisis also demonstrates that a focus on gas in electricity production — as envisioned by the power plant strategy — is likely to unnecessarily increase electricity and gas prices for the entire industry. Technological diversity, on the other hand, strengthens security of supply and price stability,” says Eva Schreiner, head of the Berlin office of the VEA German Association of Energy Consumers.

Private households are also heavily burdened by capacity levies. The Federation of German Consumer Organizations therefore supports the study's findings and explains: *“Consumers already pay some of the highest electricity prices in Europe. An additional electricity surcharge would mean a further burden, while making switching to electricity-based technologies less attractive. Instead of centralised capacity targets, incentives are needed to encourage the flexible use of electric vehicles, heat pumps, and storage systems. This way, private households can also contribute to security of supply,”* says Ramona Pop, Executive Director of the Federation of German Consumer Organizations.

In conclusion, study author Dr. Marco Nicolosi of Connect Energy Economics summarises: *“Instead of promoting capacity expansion, security of supply could be efficiently guaranteed through an effective hedging obligation: Electricity suppliers would guarantee the contractually agreed-upon electricity deliveries to their customers. This would create incentives based on the polluter-pays principle, enabling the organisation of security of supply in a technology- and innovation-neutral, and therefore efficient, manner.”*

The study by Connect Energy Economics builds on previous studies by the participating organisations on the topic of security of supply. It was commissioned by bne, DIHK, EEX, and VEA. The study, **"Necessity and Suitability of Capacity Mechanisms"** is available for download [here](#).

Initiators and supporters of the study

About BNE

The Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE) has stood for market, competition and innovation in the energy industry since 2002. The association represents companies that are active at all competitive stages of the energy industry value chain and develop pioneering business models for electricity, heat and mobility. www.bne-online.de

About DIHK

The 79 Chambers of Industry and Commerce (IHKs) are united under the umbrella of the German Association of Chambers of Industry and Commerce (DIHK). Their shared goal: the best conditions for successful business. At the national, European, and international levels, the DIHK advocates for the interests of businesses. The DIHK and the IHKs consolidate the diverse concerns of companies into common business positions and contribute to shaping economic policy. Furthermore, the DIHK coordinates the network of approximately 150 German Chambers of Commerce Abroad, delegations, and representative offices of German industry in more than 90 countries. www.dihk.de/de

About EEX

The European Energy Exchange is a leading energy exchange which builds secure, successful and sustainable commodity markets worldwide – together with its customers and partners. As part of EEX Group, it serves international power, natural gas, environmental, freight and agricultural markets, and provides data, reporting and registry services. EEX is an enabler of the energy transition and decarbonisation, advancing renewables integration through dedicated products and services, including those related to guarantees of origin. More information: www.eex.com

About VEA

The German Association of Energy Consumers (VEA) represents the energy-related and energy-policy interests of its more than 5,000 member companies from the energy-intensive SME sector. As energy experts, the VEA, with its more than 150 dedicated employees, handles all aspects of energy consulting and advocates for the energy policy interests of energy-intensive SMEs. The VEA is convinced that its expertise will help many other companies in Germany on their path to climate neutrality.

About vzbv

The Federation of German Consumer Organisations (vzbv), as an umbrella organization, unites the expertise of 16 consumer centers and more than 30 consumer policy associations – including over 2,000 organizations and seven million individual members – to ensure strong consumer protection in Germany. We fight for comprehensive consumer rights, fair markets, and safe products and services.

Contacts:

BNE press contact

Markus Schleuning
T +49 30 400 548-18
presse@bne-online.de

DIHK press contact

Julia Löffelholz | Press spokesperson
T +49 30 20308 1630
loeffelholz.julia@dihk.de

EEX Public Relations

T +49 341 2156-300
presse@eex.com
www.eex.com

VEA Corporate communications

T +49 511 9848-267
fgraeflich@vea.de
www.vea.de

vzbv press team

T +49 30 25 800-525
presse@vzbv.de
www.vzbv.de